

Es gilt das gesprochene Wort!

Politik für Frauen

Meine sehr verehrten Damen, liebe Genossinnen, liebe Frauen! Verehrte Gäste.

Zunächst einmal wünsche ich allen Anwesenden ein gutes neues Jahr 2007. Ich freue mich, dass wieder so Viele heute hier erschienen sind.

Ich nehme ja nun im Januar an einer ganzen Menge unterschiedlicher Neujahresempfänge teil und muss sagen, dass dieser Neujahrsempfang der ASF in Northeim immer eine ganz besondere Atmosphäre hat.

Sei es durch die künstlerischen Einlagen, sei es durch die liebevolle Vorbereitung und das Engagement vieler einzelner Frauen, denen ich schon einmal dafür ganz herzlich danken möchte.

Die besondere Stimmung kommt aber meines Erachtens auch auf, weil Frauen Frauen treffen.

Die politischen Themen, die auf der Agenda eines Jahres stehen, werden dann auch für mich noch einmal mit einem ganz anderen Blickwinkel betrachtet.

Ich weiß, wenn ich mit Ihnen und euch über die Gleichberechtigung der Geschlechter rede, dass ich dann nicht extra viel erklären muss, während ich in einer Runde aus Männern und Frauen weiß, dass die Frauen wohl schon nachvollziehen können, was ich meine, während das andere Geschlecht doch häufig erst noch die frauenpolitischen Aspekte erklärt bekommen muss.

Das ist z.B. der Unterschied zwischen Familienpolitik und Frauenpolitik.

Familienpolitik ist nun langsam in Mode gekommen und in aller Munde.

Wie lange haben wir Frauen und viele Frauen in der Politik vor mir sich den Mund fusselig geredet, dass es wichtig ist, Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen?

Wie lange haben wir gebraucht, bis es endlich einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz wenigstens für die Kinder ab 3 Jahren gab?

Es ist schön, gar keine Frage, dass nun endlich auch die Männer und auch die Wirtschaft die Familienpolitik als Thema entdeckt haben.

Zum einen, weil die Männer zum Teil bewusster ihre Vaterschaft genießen möchten und selbst erkennen, wie wichtig Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist.

Zum anderen weil Unternehmer erkannt haben, dass ihnen die gut ausgebildeten Frauen einfach wegbleiben und es eben doch teurer ist, wenn sie jemanden Neues erst einarbeiten müssen. Dass es günstiger für das Unternehmen ist, durch flexible Arbeitszeitgestaltung - aus Familiensicht - und finanzielles Engagement bei der Kinderbetreuung ihre fachlich qualifizierten Frauen im Betrieb halten zu können.

Liebe Frauen,

das stützt übrigens eine meiner Thesen in der Politik allgemein: erst wenn ich bei einem Thema deutlich machen kann, dass es sich finanziell und ökonomisch rechnet, erst dann wird es – leider – zu einem harten Politikthema.

Und vor allem die Männer gehen dann ganz selbstverständlich mit so einem Thema um, so, als hätten sie es erst erfunden.

Nun möchte ich trotzdem betonen: es ist gut, dass Familienpolitik nun in aller Munde ist und dass sich auch Firmen und Manager und männliche Politiker damit befassen, aber...

Aber ich möchte vor allen Dingen darauf hinweisen:

Familienpolitik ist nicht gleich Frauenpolitik!

Familienpolitik ist sicher immer ein Thema, um das sich die Frauen ganz besonders gekümmert haben, weil es sie in den meisten Fällen ganz persönlich betroffen hat, weil Frauen ihren Lebensentwurf von einem ausgefüllten Berufsleben und einem harmonischen Familienleben bis heute noch nicht ohne Probleme leben können.

Neulich sagte jedoch eine Genossin auf einer Veranstaltung der ASF in Celle:

„Familienpolitik ist keine Frauenpolitik. Frauen können Familie, Männer noch nicht, daher ist Familienpolitik wichtiger für die Männer!“

Also kurz und gut: Frauenpolitik ist mehr als Familienpolitik: Und es ist gut, dass nach den Kommunalwahlen 2006 auch in unserem Landkreis wieder viele Frauen in der Politik mitmischen und unser Lebensumfeld mitgestalten.

Damit kämen wir zur Kommunalwahl:

Ich habe leider noch nicht die vollständige Auswertung der Wahlergebnisse im Hinblick auf den Frauen- und Männeranteil vorliegen.

Ich habe aber das Gefühl, dass es bei dieser Wahl zwar - Gott sei dank - auch wieder viele Frauen geschafft haben, in die Kommunalparlamente einzuziehen. Gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung von mehr als 50 % sind es aber leider immer noch viel zu wenig.

Wenn mich mein Gefühl nicht täuscht, dann ist der Anteil der Frauen sogar in etwa nur gleich geblieben, obwohl er doch hätte erhöht werden müssen.

Frauen in Führungspositionen in den Ortschaften nehmen zu, z.B. als Ortsbürgermeisterinnen.

Es ist aber auch zu beobachten, dass Frauen, wenn sie es denn schon in die Parlamente geschafft haben, leider nicht in die entscheidenden Ausschüsse wie z.B. Verwaltungsausschüsse gekommen sind.

Ja, sie mussten zum Teil sogar andere wichtige Funktionen wieder abgeben, weil regionale oder örtliche Interessen nach vorn gestellt wurden. Da nehme ich auch nicht die SPD aus, denn auch bei uns hat es das übliche Feilschen um diese wichtigen Positionen gegeben.

Das meine ich jetzt nicht persönlich, denn ich hatte ja schon vor der Wahl aus eigener Entscheidung erklärt, nicht mehr als Ortsbürgermeisterin in Gillersheim zu kandidieren.

Liebe Frauen,

Nun gilt es aber nach vorn zu schauen, denn all die Frauen, die ein Mandat errungen haben, können sich für Fraueninteressen einsetzen.

Was sind nun Fraueninteressen und was kommt aus landespolitischer Sicht auf uns Frauen zu?

Da möchte ich gern mit Erlaubnis aus einem Thesenpapier des Northeimer Frauenbündnisses zitieren, weil ich hier die Fraueninteressen sehr gut gebündelt und in kurzer Form vorgefunden habe. Damit möchte ich auch gleichzeitig allen Frauen danken, die die zusätzliche Arbeit der Koordination dieses Frauenbündnisses in die Hand genommen haben und sich beteiligen.

Was sind nun Fraueninteressen und was ist wichtig an der Frauenpolitik?

Frauenpolitik, umfasst die Politik

- für die Vielfalt weiblicher Lebensmodelle,
- für ein Leben in familiären Zusammenhängen,

- für Politik, die auf gerechte Verteilung von Macht, Einfluss, Arbeit und Geld zwischen den Geschlechtern ausgerichtet ist
- und Politik für das Recht auf ein unversehrtes Leben.

Was bedeutet das nun konkret:

Frauenpolitik bezieht sich parteilich auf alle Politikbereiche wie Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit, Soziales und Bildung. Trotz verbesserter, rechtlicher Rahmenbedingungen sind Frauen nachweisbar in vielen Bereichen benachteiligt.

Ich möchte hier nur erwähnen, dass in den wenigsten Vorständen von DAX-notierten Unternehmen in Deutschland Frauen beteiligt sind.

Frauen in Führungspositionen in Unternehmen sind leider immer noch selten. Und auch heute noch erhalten Frauen sehr häufig weniger Gehalt als Männer in vergleichbaren Berufen.

Zu den Lebensformen von Frauen und Männern lässt sich festhalten, dass Frauen sich schon lange nicht mehr nur auf ein einziges Lebensmodell festlegen lassen

Frauen müssen deswegen frei darüber entscheiden können, wie sie leben wollen. Mit oder ohne Partnerin oder Partner, generationsübergreifend, mit mehreren Personen oder allein.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass ich Mitglied der Enquete-Kommission des niedersächsischen Landtages mit dem Thema „Demografischer Wandel“ bin. Dort bin ich Sprecherin für die SPD Fraktion.

Zu diesem Thema „Demografischer Wandel“ gibt es sicherlich eine Menge zu sagen und zu schreiben. Schier unendlich viele Fakten und Daten sind vorhanden, viele Herausforderungen für Bildungspolitik, für den Arbeitsmarkt, für ältere Menschen, für ein altersgerechtes Arbeiten, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und sind hier drunter zu diskutieren. Ich habe aber in der letzten Zeit immer mehr den Eindruck, dass viele Maßnahmen in eine Richtung gelenkt werden, nämlich, dass wir Frauen wieder mehr Kinder bekommen müssen.

Dass unsere Fertilitätsrate steigen muss, dass die Schuld an der niedrigen Geburtenrate mal wieder den Frauen in die Schuhe geschoben wird, um es mal salopp zu formulieren.

Hiergegen wehre ich mich ausdrücklich. Ich bin eher der Meinung, dass die Politik für ein selbstbestimmtes Leben die notwendigen Rahmenbedingungen setzen muss.

Dass die vorhandenen Kinderwünsche dann auch realisiert werden können und nicht am Geld oder an anderen Komplikationen des gesellschaftlichen Lebens scheitern.

Aber wir dürfen nicht wieder in eine Politik zurückfallen à la Eva Hermann nach dem Motto, nur weil Frauen sich emanzipieren, gibt es heute zu wenig Kinder.

Wir müssen vielmehr beispielsweise: die Verbesserung des Lebenspartnerschaftsgesetzes hinsichtlich Adoption in Angriff nehmen, die Schaffung von flexiblen Lebensarbeitszeit-Modellen, die Förderung neuer Wohnformen und die Schaffung von flexiblen Modellen für die Kinderbetreuung.

Wir müssen aber auch dazu beitragen dass wir keinen Konflikt zwischen den Generationen, also zwischen jung und alt, heraufreden.

Nur ein Miteinander aller Generationen wird uns ein gedeihliches Zusammenleben auch in der Zukunft ermöglichen.

Darin steckt z.B. die Chance des demografischen Wandels, nicht von einer überalternden Gesellschaft zu reden, nicht von den Belastungen durch Kinder zu reden, sondern von den Chancen einer älter werdenden Gesellschaft zu reden und von den

Chancen auf mehr Zeit für Kinder und den Chancen einer Gesellschaft, die sich aus vielen unterschiedlichen Kulturen zusammensetzen wird.

Meine lieben Frauen, wer auch immer fordert, dass wir den demografischen Wandel stoppen müssen, der redet schlichtweg falsch. Wir können den demografischen Wandel nicht mehr stoppen oder umkehren.

Die Frauen, die heute mit einer fast doppelt so hohen Geburtenrate wie heute Kinder auf die Welt bringen müssten, sind in den letzten 30 Jahren gar nicht mehr geboren worden. Wir haben bereits seit den 70er Jahren eine Fertilitätsrate von unter 1,7. im Durchschnitt in der Bundesrepublik. Das wir dennoch in den letzten Jahren in der Bevölkerung noch gewachsen sind, haben wir drei Gründen zu verdanken, zum einen der deutschen Wiedervereinigung, zum anderen der Steigerung der Lebenserwartung, wir werden eben alle älter und sterben nicht mehr so früh wie noch vor 30 Jahren und zum dritten der Zuwanderung.

Und hier liegt das eigentliche Problem des demografischen Wandels. Es ist uns in unserer Gesellschaft nicht gelungen, die Menschen, die zu uns gekommen sind, zu integrieren und ihre Potenziale zu nutzen. Im Gegenteil, Studien der OECD belegen sogar, dass die Kinder, der so genannten zweiten Migrantengeneration, schlechtere Bildungsabschlüsse ablegen, als die Kinder der ersten Migrantengeneration.

Schlimmer noch. Die Zuwanderung nach Deutschland geht drastisch zurück. Wir erleben selbst sogar jetzt eine hohe Abwanderung der jungen Menschen ins Ausland.

Ich kann das Thema des demografischen Wandels hier heute in meinem Vortrag nur kurz anreißen, weil es ein tagfüllendes Thema wäre. Mir ist aber wichtig zu vermitteln, dass wir den demografischen Wandel als Chance verstehen und die Herausforderungen positiv annehmen. Eins ist in jedem Fall klar, auch die Regionen in Deutschland und Niedersachsen, die jetzt noch über Schrumpfung in den Regionen lächeln, werden eines Tages damit zu leben haben.

Exkurs demografischer Wandel, jetzt zurück zur Frauenpolitik und dem Ungemach, was uns von der Landesregierung droht:

Weiteres wichtiges Ziel der Frauenpolitik muss sein, dass Frauen und Männer in allen politischen, gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Funktionen - ehrenamtlichen oder hauptamtlichen - gleichermaßen vertreten sein müssen und gleichberechtigt Einfluss nehmen können.

Hierzu ist das Niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz 1994 in Kraft getreten. Hierzu gab es die Veränderung der Niedersächsischen Gemeinde – und Landkreisordnung, um Frauenbeauftragte zu installieren und dieses Ziel praktisch umzusetzen.

Man kann sicherlich darüber streiten, ob das geltende Gesetz effektiv genug war oder verbesserungswürdig ist.

Eins ist aber klar, dass das, was seit nunmehr zwei Jahren in der Schublade noch von der jetzigen Bundesfamilienministerin Frau Dr. von der Leyen als Entwurf eines Gesetzes über die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit und die Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst vorgelegt worden ist, das Erreichen des Zieles Gleichberechtigung nun leider überhaupt nicht mehr garantiert.

Ich fasse noch einmal zusammen, was diese Landesregierung seit 2003 alles gemacht hat:

1. die NGO Änderung mit der Abschaffung der hauptamtlichen Frauenbeauftragten.

Folge: Es werden in fast allen Kommunen, in denen es keine Pflicht mehr zur Bestellung von Frauenbeauftragten gibt, diese Stellen auch bei Wechsel der Amtsinhaberinnen nicht mehr besetzt oder ausgeschrieben.

2. Es sind zahlreiche Frauenprojekte zusammengestrichen worden und dem Rotstift zum Opfer gefallen.
3. Mädchenprojekte sind ebenfalls gestrichen worden.
Zuschüsse für Frauenprojekte sind gekürzt worden
4. Existenzgründungsberatung für Frauen ist abgeschafft worden.
Und nun soll auch noch das Niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz völlig neu geregelt werden mit einem einzigen Schwerpunkt, nämlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf!

Da wären wir wieder am Anfang meines Vortrages, denn Familienpolitik ist eben nicht Frauenpolitik, sondern nur ein Teil davon.

Dieser Gesetzentwurf, der nun, nachdem er zwei Jahre in der Schublade gelegen hatte, soll relativ schnell ohne erneute Anhörung verabschiedet werden. Es gibt zahlreiche Erschwernisse für die Gleichstellungsbeauftragten des Landes, mit denen sie nun leben müssen. Eines z.B. dass sie nicht mehr verlangen können, dass eine Stelle nochmals neu ausgeschrieben wird, wenn sich keine Frau beworben hat.

Der Geltungsbereich des Gesetzes soll nur noch auf die öffentliche Verwaltung beschränkt werden, damit würden z.B. auch Sparkassen ausgenommen werden.

Eines aber macht mir ganz besondere Sorgen, nämlich dass die Formulierungen immer so gewählt worden sind, dass die Gleichstellungsbeauftragten nun auch dafür Sorge zu tragen haben, dass auch die Männer nicht in bestimmten Gehaltsgruppen unterrepräsentiert sind. Das bedeutet ganz konkret, dass die Bereiche, die sich Frauen sozusagen erst erobert haben und wo sie jetzt vielleicht auch mal prozentual im Vorteil sind (ich denke da an den sozialpädagogischen Bereich), in diesen Bereichen sollen nun die Gleichstellungsbeauftragten dafür sorgen, dass auch die Männer zu ihrem Recht kommen.

Meine lieben Frauen, ich halte das für einen Schlag ins Gesicht vieler Frauen, die sich im Sinne der Gleichberechtigung engagieren und werde diesem Gesetzentwurf so nicht zustimmen.

Dieses ist nun der „kurze“ Rückblick und ein weniger schöner Ausblick in das neue Jahr 2007.

Ich hoffe, dass es uns Frauen dennoch wieder gelingt, uns nicht unterkriegen zu lassen, denn wir sind ja Einiges gewohnt.

Ich wünsche mir eine ebenso vertrauensvolle Zusammenarbeit in dem kommenden Jahr wie in den letzten Jahren mit Ihnen und danke für Ihre Aufmerksamkeit.